TÜL / DIE LINKE.

Gläsernes Rathaus

- Magazin der linken Gemeinderats- und Kreistagsfraktion

Ausgabe Nr. 2 Mai 2020 www.tuebinger-linke.de

Auch am 1. Mai Menschen vor Profite: Pflegenotstand stoppen!

Alltagsheldinnen

Kassiererinnen in Supermärkten, Zustellende von Post und Paketen, Beschäftigte in Bäckereien, vor allem aber in Pflegeheimen, Krankenhäusern und Arztpraxen – sie sind mehrheitlich Frauen, häufig in Teilzeitarbeit oder in geteilten Diensten. Alle werden angesichts der Corona-Risiken zu Recht als Alltagsheldinnen gelobt. Denn diese Krise bringt die echten Werte und die wahren Leistungsträgerinnen unserer Gesellschaft ans Licht. Zusammen mit den dreifach belasteten Frauen (Arbeit, Haushalt und Kindererziehung) sind sie es, die unsere Gesellschaft „am Laufen halten", nicht die Handvoll Milliardäre in ihrer abgeschotteten Parallelgesellschaft, deren Reichtum nichts mit „Leistung" zu tun hat. Es kommt jetzt darauf da, dass wir aus vergangenen Fehlern lernen, die Gesellschaft neu denken und organisieren. Alltagsheldinnen dürfen nicht mit einem bloßen „Danke" und einer „Heldenbox" abgespeist werden. Für ihre systemrelevante Leistung, die sie täglich erbringen, ist eine deutliche und dauerhafte Erhöhung ihres Einkommens nötig. Das Kurzarbeitergeld ist sofort auf 80/ 87 Prozent zu erhöhen. Das stärkt die Massenkaufkraft und die Binnenwirtschaft. Wer in der Krise über Nacht Milliarden für Konzerne locker macht, kann auch die Kita-Gebühren für die Eltern streichen. 700 Mio. Euro im Landeshaushalt sind für eine Erziehung unserer Kinder gut angelegt. Für unsere Ernährung brauchen wir eine naturschonende Landwirtschaft mit regionalen Bauernmärkten und einem Schlachthof statt Discounter-Food mit langen Lieferketten und hohem Co2-Verbrauch. Diese Krise wirft viele Fragen auf: Wie muss in Zukunft unser Gesundheitssystem mit ausreichend Beschäftigten, Betten und Ausstattung im Vorrat aussehen? Wie werden wir mit älteren Menschen umgehen? Wie schaffen wir es, die Umweltzerstörung zu verringern, die zur Ausbreitung von Pandemien beiträgt? Antworten können wir nur gemeinsam als ganze Stadt erarbeiten. Dazu ist auch in Rottenburg und überall eine lebendige, uneingeschränkte Demokratie überlebenswichtig.

Dr. Emanuel Peter, Stadtrat in Rottenburg und Kreistagsmitglied

Impressum
Gemeinderats- und Kreistagsfraktion der Tübinger Linken. **Adresse:** Pfleghofstraße 8, 72070 Tübingen.
Email: info@die-linke-tuebingen.de **V.i.S.d.P:** Gerlinde Strasdeit

„Klatschen ist gut, Krach schlagen ist besser!"

Macht mit, schlagt Krach für ein besseres Gesundheitswesen - mit Töpfen, Trommeln und Musikinstrumenten. Malt Transparente oder Schilder für ein solidarisches Gesundheitswesen, für die gesellschaftliche und materielle Anerkennung von Pflege- und Sorgearbeit, gegen Profitorientierung und Fallpauschalen- und Apparatemedizin. Dieser Aufruf wurde vor Ort schon zweimal befolgt, weitere Aktionen sind in Vorbereitung. In einer Erklärung heißt es: „Das Gesundheitssystem ist am Kapitalismus erkrankt und die Leidtragenden sind die, die schon seit Jahren dagegen auf die Straße gehen. Wir wollen nicht nur Danke sagen, sondern mehr Geld & Zeit für Sorge - und Pflegearbeit fordern. Kranken - und Pflegeeinrichtungen sollen sich am Bedarf orientieren und keine Profite machen! Die benötigten Mittel für ein funktionierendes Gesundheitswesen müssen bereitgestellt werden. Outsourcing durch Privatisierung zu Lasten der Beschäftigten und Patient*innen muss gestoppt und rückgängig gemacht werden. Die aktuelle Coronakrise verschärft die bestehenden Probleme in den Kranken- und Pflegeeinrichtungen. Das Schlaglicht auf diese Zustände könnte aber auch eine Tür zu dessen Lösung aufstoßen. Streiten wir alle zusammen, Beschäftigte, (potentielle) Patient*innen und Angehörige für ein solidarisches Gesundheitswesen! Die nächsten Aktion finden statt am 4. und 11. Mai um 19.00 Uhr. Weitere Informationen unter: www.facebook.com/tue.buendnis.mehr.personal/

Quelle: Tübinger Bündnis für mehr Personal in Krankenhäusern

Kitagebühren abschaffen

Am 18. Mai wird der Landesverfassungsgerichtshof in Stuttgart darüber entscheiden, ob ein Volksbegehren für Gebührenfreie Kitas in Baden-Württemberg zugelassen wird (Fortsetzung nächste Seite)

Frauenhäuser ausbauen!

Es gibt viel zu wenig Frauenhausplätze in Deutschland. Das war vor Corona schon so. Das ist während der Corona-Krise immer noch so und jetzt wird vielen deutlich, was das bedeutet! Beim Lock-down eskaliert häusliche Gewalt schneller. Unter Kontrolle kann kaum bei den Frauenschutzhäusern oder bei den Frauenberatungsstellen angerufen werden. Trotzdem wissen wir jetzt schon und die Frauenhäuser schlagen Alarm: nach Corona, nach den Lockerungen wird eine Welle an Schutzsuchenden auf die Frauenhäuser zukommen.

Baden-Württembergs Gesundheitsminister Lucha hat jetzt zwei Millionen Euro Corona-Soforthilfe für die Frauenhäuser zugesagt. Diese Mittel sollen aus den von der Frauenhäusern erkämpften Erhöhungen der Landeszuschüsse für den langfristigen Ausbau genommen werden. Das darf auf keinen Fall so bleiben! Die LINKE fordert, dass es einen Sondertopf Corona für die Frauenhäuser geben muss. Denn der geplante Ausbau deckt nur einen Bruchteil der Notwendigkeit ab. Die Konvention des Europarats gegen Gewalt an Frauen, die Istanbul-Konvention, verpflichtet Deutschland zu 2,5 Plätzen pro 10.000 Einwohnern. In BaWü sind nur 340 Plätze für Frauen und 400 Plätze für Kinder da. Es fehlen 2000 Plätze! Das Sozialministerium sieht nur die Schaffung von 630 weiteren Plätzen vor. Die Mittel für diesen „absoluten Mindeststandard" wie es die Landesarbeitsgemeinschaft der autonomen Frauenhäuser formuliert, dürfen durch das Corona-Hilfspaket nicht angetastet werden!

Das Hilfspaket unterstützt primär Maßnahmen in den Frauenhäusern, Beratungskapazitäten technisch und personell zu erhöhen. Zu denken ist unbedingt auch an die Teilhabe an Bildung für die Kinder in den Frauenhäusern, die für längere Zeit nicht mehr in ihren eigenen Wohnungen wohnen können, finanziell schlecht ausgestattet sind und die nun im Home-schooling in der beengten Wohnsituation besonders belastet sind. In Tübingen übernimmt die Stadt die Miete für eine Quarantäne-Wohnung und hat Tablets für das Home-schooling der Kinder im Frauenhaus organisiert. Diese kurzfristig möglich gemachten Hilfen durch Kommunen dürfen nicht verschleiern, dass von den Landkreisen mehr Kapazitäten auf Dauer aufgebaut werden müssen. Beratungsstellen sind auch in Corona-Krise telefonisch und online immer erreichbar. Auch wer als Mitbürgerin/Mitbürger Zeichen von häuslicher Gewalt erkennt, kann etwas tun und anrufen. Gewalt ist keine Privatsache, sondern Sache der Gemeinschaft.

Evelyn Ellwart, Linke-Stadträtin

Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen" 08000 116 016

Schutz vor Corona muss für alle gelten

Nachdem in einer Flüchtlingsunterkunft des Landkreises eine Bewohnerin positiv getestet wurde, mussten alle Bewohner*innen der Unterkunft unter Quarantäne gestellt werden und durften 14 Tage lang ihre Unterkunft nicht verlassen.

Die Kreistagsfraktion der Tübinger Linken hatte schon im März nach Schutzmaßnahmen für Geflüchtete in größeren Unterkünften gefragt. Damals hieß es, dass keine besonderen Maßnahmen notwendig sind. Nun ist genau das eingetreten, wovor wir gewarnt hatten.

Schutz vor Corona muss auch für Geflüchtete gewährleistet sein. In einer Presseerklärung fordert die Linke-Fraktion deshalb: „ dass das Landratsamt – und je nach Zuständigkeit auch die Kommunen -die Unterbringung während der Einschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie so organisieren, dass es nicht nötig ist, ganze Unterkünfte unter Quarantäne zu stellen, wenn bei einer Person eine Infektion festgestellt wird. Dies wäre nicht nur eine eklatante Ungleichbehandlung, … es setzt die Bewohner*innen auch einer erhöhten Infektionsgefahr aus."

Als Sofortmaßnahme fordert die Linke-Fraktion u.a. die Auflösung von Mehrbettzimmern bei Alleinstehenden und mindestens zwei Zimmer für Familien, damit alle die notwendige Distanz einhalten können. Gegebenenfalls wäre auch die Verlegung an andere Orte notwendig und die Unterbringung in z.B. leerstehende Pensionen.

Das Landratsamt lehnt die Vorschläge ab und verweist auf eine vergleichbare Unterbringungssituation in Studierendenwohnheimen. Der entscheidende Unterschied ist aber, dass die Studierenden nicht in Mehrbettzimmern untergebracht sind und bei einer eventuellen Infektion auch nicht alle Bewohner*innen des Wohnheims in Quarantäne müssen.

Gisela Kehrer-Bleicher, Kreisrätin

8.Mai – 75 Jahre Befreiung von Faschismus und Krieg

Vor 75 Jahren endete der 2.Weltkrieg mit dem Sieg der Roten Armee und der West-Alliierten über das faschistische Deutschland. Der Terror, mit dem die SS und die Wehrmacht die deutsche Bevölkerung und die ganze Welt überzogen hatten, wurde beendet. Unvorstellbar waren die Opfer, etwa 60 Millionen Menschen wurden grausam ermordet, darunter Juden, Sinti und Roma, politische Gegner, Kriegsgefangene, Partisanen und Zivilisten in den besetzten Ländern und auch die Getöteten im Krieg.
Im Erinnerung und Mahnung an den Tag der Befreiung vor 75 Jahren wird in diesem Jahr der vielen Opfer gedacht und denjenigen gedankt, die für die Befreiung ihr Leben riskiert oder verloren haben. Größere Veranstaltungen und Demonstrationen wird es wegen dem Corona-Schutz leider nicht geben, aber in den Tagen um den 8.Mai werden auch in Tübingen einige Aktionen stattfinden.

Kundgebung 8.Mai – 17 Uhr Holzmarkt Tübingen

Am Freitag 8.Mai wird es auch eine Kundgebung unter Beachtung der Infektionsschutzregeln geben, nähere Informationen dazu werden u.a. in der Presse veröffentlicht.
8.Mai zum Feiertag machen – Was 75 Jahre nach der Befreiung getan werden muss!
Esther Bejerano, eine der letzten Auschwitz-Überlebenden und die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten- VVN-BdA fordern den 8.Mai bundesweit zum Feiertag zu machen und haben dazu eine Resolution gestartet, die schon von weit über 50 000 Menschen unterstützt wird:
http://chng.it/Ww57kcBs8Z

Geheimdienste raus aus dem Cyber-Valley – Zivilklausel jetzt!

Linke-Gemeinderatsfraktion kritisiert Finanzierung von Cyber Valley-Forschungsgruppe durch US-Geheimdienstbehörde IARPA
Die Linke-Gemeinderatsfraktion kritisiert die finanzielle Förderung, die das Cyber Valley einem Bericht der Informationsstelle Militarisierung zufolge von der US-Geheimdienstbehörde IARPA erhält. Sie erneuert daher ihre Forderung nach einer Zivilklausel für den Technologiepark Obere Viehweide und zeigt sich enttäuscht vom sog. Öffentlichen Beirat des Cyber Valley Research Fund, der über die Beteiligung der IARPA am Cyber Valley entweder nicht informiert war oder es nicht für nötig gehalten hat, die Öffentlichkeit zu informieren.
Die ständigen Beteuerungen, am Cyber Valley gäbe es keine militärische Forschung und keine Entwicklung von Überwachungs-Technologien, entlarven sich als Heuchelei. Die IARPA will den US-Geheimdiensten „die Forschung und die technischen Fähigkeiten bereitstellen und deren langfristigen Bedürfnisse antizipieren". Offenbar läuft die Förderung durch die IARPA für eine Forschungsgruppe des Cyber Valley bereits seit 2018, bevor der Gemeinderat gegen unsere Stimmen dem Verkauf städtischen Baulands für die Forschungszentren von Bosch und Amazon zugestimmt hat. Wir sehen uns daher in unserer Forderung nach einer

oder die Landesregierung mit dem Verbot einer Volksabstimmung durchkommt.
Angesichts der Corona-Krise, geschlossener Kitas und zu wenig Erzieherinnen im Land sind die Eltern und insbesondere Alleinerziehende zusätzlich belastet. Es reicht nicht, wenn jetzt die Kitagebühren für einige Wochen ausgesetzt sind. Die Landesregierung sollte ihren kinderfeindlichen Standpunkt grundsätzlich überprüfen, ihre Klage zurücknehmen und den Weg für gebührenfreie Kitas in Baden-Württemberg frei machen. Das Recht der Kinder auf Bildung fängt in der Kita an. Deshalb brauchen wir beides: Gute Qualität und Gebührenfreiheit. Das Erziehen*innen müssen besser bezahlt und die Familien entlastet werden. DIE LINKE unterstützt das landesweite und das Tübinger für gebührenfreie Kitas.

Spekulationsobjekt Airbnb

Der zunehmenden Spekulation mit Ferienwohnungen in Tübingen könnte ein Riegel vorgeschoben werden. Bereits im April 2018 forderte die Linke-Gemeinderatsfraktion in der Zweckentfremdungssatzung der Stadt einen entsprechenden Zusatz. Der Oberbürgermeister verhinderte damals eine Behandlung des Antrages. Jetzt wird das Airbnb-Thema im Tagblatt wieder aufgegriffen. Gut, dass auch der grüne Bundestagsabgeordnete Chris Kühn Maßnahmen gegen eine weitere Zweckentfremdung von Wohnraum anmahnt. In Tübingen werden Ferienwohnungsmodelle gezielt ermöglicht, das passt zum Bedarf von Amazon und CureVac. Damit werben die Anbierter ausdrücklich. Meine Bitte war, dass Chris Kühn mal meinen Kolleginnen und Kollegen der AL-Grünen im Gemeinderat einen freundschaftlichen Besuch abstattet und ihnen ins Gewissen redet. Die größte Fraktion im Rat war dazu zwei Jahre untätig, jetzt endlich hat auch sie einen Antrag gestellt. DIE LINKE wirkt.

Gerlinde Strasdeit, Stadträtin in Tübingen

Zivilklausel für den Technologiepark bestätigt. Nur so kann eine verantwortungsvolle Forschung zu KI, die Tübingen gerecht wird, gewährleistet werden. Außerdem müssen die Verträge und Finanzierungsmodelle, die dem Cyber Valley zugrunde liegen, endlich öffentlich gemacht werden, wie von den Beteiligten bereits mehrfach angekündigt.

Technik und Künstliche Intelligenz müssen den Menschen dienen.

Uns wurde immer wieder zugesichert, dass das Cyber Valley – auch in Abgrenzung zu den USA und China – diesen Ansatz verfolgen würde. Aufgrund der massiven Beteiligung und Verflechtung der Industrie war diesbezüglich von Anfang an Skepsis angebracht. Die Beteiligung an IARPA-Projekten halten wir hiermit jedoch schlicht nicht für vereinbar. Dies gilt vor allem auch für die vermeintlich angestrebte, wertebasierte Technologieentwicklung.

Gemeinderatsfraktion Tübinger Linke

Keine Quarantäne für Freiheitsrechte und Demokratie

Mit einem Spaziergang am Ostersamstag in Tübingen machten Friedensfreund*innen auf den etwas anderen Ostermarsch 2020 aufmerksam. Einzeln und mit Abstand waren sie unterwegs. Weil sie aber auch Friedensfahnen und Schilder mit Forderungen nach Abrüstung und „Geld für Gesundheit statt für die Rüstung" dabei hatten, stoppte die Polizei nach einem anonymen (!) Anruf den Spaziergang und erklärte diesen zur nicht angemeldeten und wegen der Corona-Verordnung verbotenen Diskussion. Die Personalien von 15 Menschen wurden aufgenommen und ihnen ein Bußgeld angedroht.

Die heftigen Proteste über die Einschränkung der Meinungsfreiheit und die aufgeworfenen juristischen Fragen haben sicher mit dazu beigetragen, dass die Ordnungswidrigkeitsverfahren nach wenigen Tagen eingestellt wurden. Auch wenn OB Palmer dies in seiner Stellungnahme nicht eingestehen wollte„… in Würdigung der Gesamtumstände scheint die Ahndung im vorliegenden Fall nicht geboten…" entscheidend sei dafür aber nicht „ die hohe Unterstützung in der Bevölkerung für die Teilnehmer des Osterspaziergangs…".

Wenn er nun darum bittet, politische Versammlungen in die Nach-Coronazeit zu verschieben, liegt er erneut falsch. Denn genau dazu hat das Bundesverfassungsgericht inzwischen in mehreren Urteilen entschieden: das Recht auf politische Versammlungen darf nicht ausgesetzt werden, unter Auflagen zum Infektionsschutz müssen diese auch in Coronazeiten stattfinden können.

Freude über die einstellten Bußgeldverfahren bei den Friedens-Spaziergänger*innen. Freude über die gelungene Ostermarsch-Aktion, die so viel Beachtung und Unterstützung gefunden hat, und über den Erfolg gegen die Einschränkung demokratischer Grundsätze im Windschatten von Corona-Verordnungen.

Wir müssen weiter wachsam bleiben, die Krise und notwendige Einschränkungen zum Gesundheitsschutz dürfen nicht zum Abbau von Grundrechten und zur Verfestigung von autoritären und antirepublikanischen Strukturen missbraucht werden. Keine Quarantäne für Freiheitsrechte und Demokratie!

Gisela Kehrer-Bleicher, Kreisrätin

DIE LINKE fordert finanziellen Schutzschirm für Kommunen

Kommunen sind in der Corona-Krise nicht unwichtiger als die Lufthansa!

Für die Bewältigung der Corona-Krise braucht es einen finanziellen Schutzschirm für die 1101 Städte und Gemeinden im Land. DIE LINKE Baden-Württemberg unterstützt die entsprechenden Forderungen des Landkreistages Baden-Württemberg und des Gemeindetages vom 6. April an die Landesregierung. Die bislang zugesagte Soforthilfe des Landes ist unzureichend, weil die Kommunen nach der Corona-Krise mit einem öffentlichen Konjunkturprogramm, das die örtliche und regionale Wirtschaft und das Handwerk besonders berücksichtigt, zum wichtigen Träger des Wiederaufbaus werden müssen.

Die Corona-Krise trifft arme Menschen stärker als Reiche. Deshalb engagieren wir Linke uns in den Kommunen gerade jetzt in der Krise für die Aufrechterhaltung und Verbesserung der Daseinsvorsorge und der sozialen Infrastruktur. Um eine Zunahme von Armut zu verhindern, müssen das Kurzarbeitergeld deutlich erhöht und die Beschäftigten in Risikobereichen finanziell für ihre Mehrbelastung entschädigt werden. Für belastete Bevölkerungsgruppen wie Alleinerziehende, Niedrigverdienende, Hartz-IV-Beziehende, Geflüchtete und Obdachlose müssen spezielle Hilfsprogramme entwickelt werden.

Darüber hinaus setzen wir uns ein für eine dauerhafte Neuordnung der Kommunalfinanzierung und eine Sonderabgabe der Milliardärinnen und Milliardäre zur Bewältigung der kommunalen Schuldenlast.

Der Beschluss mit allen 15 Forderungen kann zudem online auf Seite des Landesverbandes aufgerufen werden: www.die-linke-bw.de